

●●● Grüne und Linke nehmen Kammern in die Zange. Beide Parteien forcieren in der letzten Zeit ihre Grundsatzkritik am Kammerwesen. Die Linke verlangte vor wenigen Wochen in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung deshalb ausführlich Auskunft über die Handwerkskammern (HWK).

Dabei kritisierte die Linkspartei u.a.: Demokratiedefizite bei deren Wahlen sowie mangelnde Transparenz, was Geschäftsführergehälter, Aufwandsentschädigungen und Bilanzen angeht. An den teils detaillierten Fragen zeigte die SED-Nachfolgepartei, dass sie die Missstände im Kammerwesen umfänglich erkannt hat.

Nun attackieren die Grünen die Industrie- und Handelskammern (IHK). Mit einer Kleinen Anfrage verstärkte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im NRW-Landtag die Kammerkritik ihrer Partei. Die Grünen haben die IHK schon länger im Visier:

Einer ihrer Fraktionsbeschlüsse auf Bundesebene fördert eine grundlegende Reform des Kammerwesens. Dabei soll es zur Verschmelzung von IHK und HWK zu einheitlichen Wirtschaftskammern kommen. Zuletzt wurde die Aufhebung der IHK-Pflichtmitgliedschaft gefordert. In der Kleinen Anfrage an die NRW-Landesregierung wird nun u.a. festgestellt:

Anders als bei Sparkassen und Stadtwerken würden die Gehälter von Hauptgeschäftsführern und Geschäftsführern der IHK bisher nicht veröffentlicht. Und: Die finanziellen Rücklagen der IHK in Nordrhein-Westfalen seien oftmals sehr erheblich und betrügen teilweise mehr als eine vollständige Jahres-Beitragseinnahme. Immobilienbesitz und Rückstellungen seien hierbei nicht berücksichtigt.

Von der Landesregierung wird gefordert, die IHK zur Offenlegung der Gehälter ihrer Hauptgeschäftsführer zu bewegen. Außerdem verlangen die Grünen eine präzise Aufstellung der stillen Reserven und Rücklagen sämtlicher IHK in Nordrhein-Westfalen sowie Auskunft, welchen Anteil ihres Immobilienbestandes die Kammern überhaupt selbst nutzen. Die Landesregierung hat nun einen Monat Zeit, die Fragen zu beantworten.

Die Akzeptanz von HWK und IHK sinkt speziell unter den kleinen und mittleren Unternehmen, die in den Kammergremien kaum präsent sind. Von CDU, CSU und FDP, die sich immer als Sprachrohr für den Mittelstand bezeichnen, kommen jedoch keine Signale, an diesen umstrittenen Strukturen etwas zu ändern. Umso mehr erstaunt es, dass sich Die Linke und die Grünen diesem Thema widmen, die sich ja sonst nicht gerade durch Nähe zu Wirtschaft und Mittelstand auszeichnen.